

und koloniale Schuld dokumentieren."

Zudem wurde „im Sinne des gemeinsamen "Vater unser" um Vergebung unserer Schuld" gebeten.

Wir setzen uns für eine bewusste und konsequente Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialzeit ein. Uns ist bewusst, dass nicht aufgearbeitete Aspekte der Kolonialzeit einer gleichberechtigten Partnerschaft mit vielen afrikanischen Staaten im Wege stehen. Die Auseinandersetzung erfordert auch eine engagiertere Aufklärungsarbeit, die sich mit Deutschlands Rolle in der Kolonialgeschichte auseinandersetzt und diesen Aspekt deutscher Geschichte in der Gesellschaft breiter bekannt macht. Neben der politischen und moralischen Anerkennung von Schuld muss auch eine angemessene finanzielle Entschädigung der leidtragenden afrikanischen Bevölkerung geprüft werden. Die Erhöhung von Entwicklungshilfe ist für uns kein Ersatz für die direkte Unterstützung der Nachfahren der Opfer des Genozids.

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für die Einrichtung eines Entschädigungs-Fonds einzusetzen, mit dem den Herero und Nama der Kauf von Land und Vieh ermöglicht würde.

Wir sehen uns in der Verantwortung, die Kolonialzeit und ihre Auswirkungen auf die heutige Generation bei unserer politischen Arbeit zu berücksichtigen.

Antrag 19/11

(Kennnummer: 63)

FA X - Natur, Energie, Umweltschutz

Alternativen zu Tierversuchen in Forschung und Lehre als Zukunftsaufgabe

Annahme

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, gemeinsam mit den Berliner Universitäten

Initiativen zu ergreifen, damit spezielle Lehrangebote für Alternativen zu Tierversuchen an den medizinischen Fakultäten eingerichtet werden (insbesondere eine Stiftungsprofessur) sowie

Anreize und ggf. Förderungen zur verstärkten Entwicklung tierversuchsfreier Forschungsmethoden in Berlin zu schaffen.

Antrag 19/12

(Kennnummer: 114)

020 KDV Friedrichshain-Kreuzberg

Kulturhaus Tacheles

Annahme i.d.F.d.AK

Überweisung an AH-Fraktion

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Berliner SPD setzt sich aktiv für den Erhalt des Kunsthauses Tacheles ein.